

Politische Bildung

Monika Oberle  
Georg Weißeno *Hrsg.*

# Politikwissenschaft und Politikdidaktik

Theorie und Empirie



Springer VS

---

# Politische Bildung

**Herausgegeben von**

C. Deichmann, Jena, Deutschland

I. Juchler, Potsdam, Deutschland

Die Reihe Politische Bildung vermittelt zwischen den vielfältigen Gegenständen des Politischen und der Auseinandersetzung mit diesen Gegenständen in politischen Bildungsprozessen an Schulen, außerschulischen Einrichtungen und Hochschulen. Deshalb werden theoretische Grundlagen, empirische Studien und handlungsanleitende Konzeptionen zur politischen Bildung vorgestellt, um unterschiedliche Zugänge und Sichtweisen zu Theorie und Praxis politischer Bildung aufzuzeigen und zur Diskussion zu stellen. Die Reihe Politische Bildung wendet sich an Studierende, Referendare und Lehrende der schulischen und außerschulischen politischen Bildung.

**Herausgegeben von**

Carl Deichmann  
Institut für Politikwissenschaft  
Universität Jena  
Deutschland

Ingo Juchler  
Lehrstuhl für Politische Bildung  
Universität Potsdam  
Deutschland

Weitere Bände in dieser Reihe <http://www.springer.com/series/13420>

---

Monika Oberle · Georg Weißeno  
(Hrsg.)

# Politikwissenschaft und Politikdidaktik

Theorie und Empirie

 Springer VS

*Herausgeber*

Monika Oberle  
Universität Göttingen  
Göttingen, Deutschland

Georg Weißenö  
Pädagogische Hochschule Karlsruhe  
Karlsruhe, Baden-Württemberg  
Deutschland

Politische Bildung

ISBN 978-3-658-07245-2

ISBN 978-3-658-07246-9 (eBook)

DOI 10.1007/978-3-658-07246-9

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer VS

© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH 2017

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen.

Lektorat: Dr. Jan Treibel

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Springer VS ist Teil von Springer Nature

Die eingetragene Gesellschaft ist Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH

Die Anschrift der Gesellschaft ist: Abraham-Lincoln-Str. 46, 65189 Wiesbaden, Germany

---

## Vorwort

Das Verhältnis von Politikwissenschaft und politischer Bildung bzw. Politikdidaktik war in der Vergangenheit immer wieder Gegenstand fachlicher Diskussionen und Abhandlungen. Politische Bildung soll seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland aus Sicht vieler Politikwissenschaftler/-innen zur Stärkung der Demokratie und zur Funktionsfähigkeit des politischen Systems beitragen. Dem liegt die Überzeugung zugrunde, dass der demokratische Verfassungsstaat für seinen Erhalt auf politisch gebildete Bürger/-innen angewiesen ist. Demokratie fällt nicht vom Himmel: Die angehenden Bürger/-innen darin zu bestärken, sich auf Basis einer rationalen politischen Urteilsbildung für die Demokratie einzusetzen, ist eine zentrale Aufgabe politischer Bildungsarbeit.

Politische Bildung ist gleichermaßen didaktische Aufgabe und politisches Erfordernis in der Demokratie. Die politische Sozialisation und das Zusammenleben in einem demokratischen Gemeinwesen erfordern politische Bildung, unter Förderung politischen Fachwissens, politischer Urteils- und Handlungsfähigkeit. Die Bildungsprozesse müssen das Bewusstsein der Menschen erreichen. In Gegenwart und Zukunft besteht dabei ein dringlicher Bedarf an theoretischer Inbeziehungsetzung von Politikwissenschaft und Politikdidaktik. Die wechselseitigen Beziehungen der sich ausdifferenzierenden Politikwissenschaft und der die Lehr- und Lernprozesse erforschenden Politikdidaktik sind aktuell von herausragender Bedeutung. Die Vergewisserung und Weiterentwicklung dieser komplexen Beziehung ist eine permanente Herausforderung für beide Wissenschaftsdisziplinen. Ihr widmet sich die Sektion Politische Wissenschaft und Politische Bildung in der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft auf ihren Tagungen. Im Rahmen dieser Arbeit sind die Beiträge für diesen Band entstanden.

Die Politikdidaktik entwickelt sich in den letzten Jahren zu einer theoriegeleiteten eigenständigen Disziplin. Sie erforscht die domänenspezifischen Lehr-Lern-Prozesse,

diskutiert nicht mehr nur die Ziele und Kriterien der Inhaltsauswahl praktischer politischer Bildung. Die Politikwissenschaft scheint demgegenüber zwar die politische Kultur, immer weniger aber die politische Bildung und ihre Didaktik im Blick zu haben. Gleichwohl haben die wechselseitigen Beziehungen zwischen der Politikdidaktik einerseits und der Politikwissenschaft andererseits eine herausragende Bedeutung. Empirische Forschung in beiden Bereichen ist aufeinander angewiesen bzw. kann voneinander profitieren. Die politische Sozialisation im Klassenverband sowie die Wirkung politischer Lernprozesse bei Schüler/-innen und Lehrer/-innen (bzw. Lernenden und Lehrenden der außerschulischen politischen Bildung) können theoriegeleitet gemeinsame Forschungsfelder darstellen. Ohne politikwissenschaftliche Theorien kann es keine politikdidaktische Theorie geben. Die wechselseitigen Bezüge sind stets neu zu klären. Dabei bedarf die Eigenständigkeit beider Disziplinen einer zeitgemäßen Klärung und Neuausrichtung. Hierzu versucht dieser Band einen Beitrag zu leisten, indem er unterschiedliche Perspektiven auf das Verhältnis und die Forschungsinteressen beider Disziplinen aufzeigt.

Alle hier versammelten Beiträge beleuchten Einzelaspekte des komplexen Verhältnisses. *Georg Weißeno* und *Monika Oberle* gehen zunächst der Frage nach dem Stellenwert der Politikwissenschaft für politische Bildung und politikdidaktische Theoriebildung nach. Die Beiträge von *Sabine Manzel*, *Holger Zapf* sowie *Sabine Manzel und Georg Weißeno* beschäftigen sich mit Argumentations- und Urteilstheorien in beiden Wissenschaften. Politisch argumentiert wird im politischen Alltag wie unter Leistungsgesichtspunkten im Klassenzimmer. *Helmar Schöne*, *Jan W. van Deth*, *Susanne Pickel* und *Andreas Brunold* beschäftigen sich mit Ergebnissen der politischen Kulturforschung und ihrer Bedeutung für die politische Bildung. Anknüpfungspunkte für beide Wissenschaften werden aufgezeigt. Die Betrachtung einzelner Politikfelder im Verhältnis von Politikwissenschaft und Politikdidaktik steht im Mittelpunkt der Beiträge von *Klaus Detterbeck* und *Ingo Juchler*. Schließlich differenzieren *Alexandra Kurth* und *Samuel Salzborn* den Rechtsextremismus für die Politikwissenschaft und politische Bildung aus.

Die Beiträge wollen Impulse für die jeweilige Forschung und Theoriebildung geben, indem sie aus ihrer Fachdisziplin Anknüpfungspunkte zur Nachbardisziplin aufzeigen. Die Zusammenarbeit von Fachvertreter/-innen der Politikwissenschaft und der Politikdidaktik im vorliegenden Band zeigt Potenziale wechselseitiger

Beziehungen auf. Es ist zu hoffen, dass dieser Band Anstoß ist für einen intensiveren Austausch der beiden Wissenschaften.

Göttingen, Deutschland  
Karlsruhe, Deutschland  
im Juni 2016

Monika Oberle  
Georg Weißeno



---

# Inhaltsverzeichnis

<b>Politikdidaktische Theoriebildung – eine wissenschaftstheoretische Orientierung</b> . . . . .	1
Georg Weißeno	
<b>Politikwissenschaft als Bezugsdisziplin der Politischen Bildung</b> . . . . .	17
Monika Oberle	
<b>Erfüllt das Kontroversitätsprinzip Merkmale einer politikdidaktischen Theorie?</b> . . . . .	31
Sabine Manzel	
<b>Argumentationstheorie für Politische Theorie und Politikdidaktik</b> . . . . .	45
Holger Zapf	
<b>Modell der politischen Urteilsfähigkeit – eine Dimension der Politikkompetenz</b> . . . . .	59
Sabine Manzel und Georg Weißeno	
<b>Politikwissenschaftliche Mikroanalyse und Politische Bildung</b> . . . . .	87
Helmar Schöne	
<b>Demokratie lernen? Politische Bildung aus Sicht der empirischen Kulturforschung</b> . . . . .	103
Jan W. van Deth	
<b>Zoon Politikon im Standby-Modus?</b> . . . . .	119
Susanne Pickel	

---

<b>Politische Partizipation als Element der Demokratietheorie in Politikwissenschaft und Politikdidaktik . . . . .</b>	<b>139</b>
Andreas Brunold	
<b>Europa als Fachkonzept und als Thema des Schulunterrichts: Zum Umgang mit den „europäischen Unübersichtlichkeiten“ . . . . .</b>	<b>153</b>
Klaus Detterbeck	
<b>Politikwissenschaft und kompetenzorientierte politische Bildung: Macht und Recht in den internationalen Beziehungen . . . . .</b>	<b>169</b>
Ingo Juchler	
<b>Rechtsextremismus im Fokus von Politikwissenschaft und Politischer Bildung . . . . .</b>	<b>183</b>
Alexandra Kurth und Samuel Salzborn	

---

# Autorenverzeichnis

**Andreas Brunold** Politische Bildung und Politikdidaktik, Universität Augsburg, Augsburg, Deutschland

**Klaus Detterbeck** Institut für Gesellschaftswissenschaften, PH Schwäbisch Gmünd, Schwäbisch Gmünd, Deutschland

**Ingo Juchler** Lehrstuhl für politische Bildung, Universität Potsdam, Potsdam, Deutschland

**Alexandra Kurth** Institut für Politikwissenschaft, Universität Gießen, Gießen, Deutschland

**Sabine Manzel** Institut für Politikwissenschaft, Universität Duisburg-Essen, Essen, Deutschland

**Monika Oberle** Institut für Politikwissenschaft, Universität Göttingen, Göttingen, Deutschland

**Susanne Pickel** Institut für Politikwissenschaft, Universität Duisburg-Essen, Duisburg, Deutschland

**Samuel Salzburg** Institut für Politikwissenschaft, Universität Göttingen, Göttingen, Deutschland

**Helmar Schöne** Institut für Gesellschaftswissenschaften, PH Schwäbisch Gmünd, Schwäbisch Gmünd, Deutschland

**Jan W. van Deth** Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung, Universität Mannheim, Mannheim, Deutschland

**Georg Weißeno** Institut für Politikwissenschaft, PH Karlsruhe, Karlsruhe,  
Deutschland

**Holger Zapf** Institut für Politikwissenschaft, Universität Göttingen, Göttingen,  
Deutschland

---

# Politikdidaktische Theoriebildung – eine wissenschaftstheoretische Orientierung

Georg Weißeno

---

## Zusammenfassung

In der Politikdidaktik entsteht seit der Kompetenzdebatte ein neues Interesse an Theorie. Normatives „Sollte-Sein“ ist keine Voraussetzung für die Klärung der Domänenstruktur und für die empirische Forschung. Der Beitrag zeichnet zunächst die Entwicklungslinien der rationalistischen und der radikal-konstruktivistischen Politikdidaktik nach. Er grenzt sich danach von der Normativität ab und zeigt die Notwendigkeit eines empirischen Forschungsverständnisses auf. Hierfür werden die dem Beitrag zugrunde liegenden wissenschaftstheoretischen Anforderungen an eine Theoriebildung erläutert. Sie sehen als das Wesentliche in Theorie und Forschung an, die Korrespondenz zwischen Theorie und Erfahrungswelt präzise und vor allem wertfrei (kollektivfrei) zu bestimmen. Aus der Perspektive semantischer wissenschaftstheoretischer Positionen wird schließlich ein eigener Beitrag zur Theoriebildung vorgestellt. Das beobachtbare Verhalten von Lehrer/-innen und Schüler/-innen steht im Fokus. Ontologisch wird der Begriff (das Konstrukt) der Politikkompetenz als eine strukturelle Darstellung (Repräsentation) der politischen Erfahrungswelt (Kognitionen eines Individuums) angesehen. Methodologisch wird die Strukturierung in der Perspektive wissenschaftlicher Modelle vorgenommen.

---

G. Weißeno (✉)

Institut für Politikwissenschaft, PH Karlsruhe, Karlsruhe, Deutschland

E-Mail: weisseno@ph-karlsruhe.de

## 1 Anlass und Ziel

Seit den 1970er Jahren wird in der Politikdidaktik über die Notwendigkeit einer Theorie geschrieben. Es gab seither mehrere Tagungen unterschiedlicher Fachgesellschaften zu dem Thema. Die meisten Didaktiker/-innen äußern sich zu theoretischen Aspekten. Sie legen ihre Definitionen von Politikdidaktik vor. In der letzten Zeit scheint das Thema wieder mehr Aufmerksamkeit zu erfahren. Das neue Interesse für theoretische Fragen ist nicht zuletzt durch die entstehende systematische empirische Forschung entstanden, die auf Theorie angewiesen ist. Wissensfragen an normativen Vorstellungen auszurichten, ergibt keine belastbaren Skalen. Normative Vorstellungen sind lediglich subjektiv wahrscheinlich.

Zum Stellenwert normativer Vorstellungen hat 1975 Kurt-Gerhard Fischer formuliert, dass er nur für sich sprechen kann. Er schreibt über seine „Einführung in die politische Bildung“, dass sie „richtig heißen müsste: Einführung in das Denken Kurt Gerhard Fischers in Sachen Politische Bildung“ (Fischer 1975a, S. 7). Er sieht in der Theorie und Didaktik eine Vielzahl mehr oder minder elaborierter Konstrukte Einzelner. Es sind normative Konstrukte, denn: „Mögen jene selbst sprechen, die anderer Meinung sind, die von anderen Voraussetzungen ausgehen, die andere Ergebnisse hervorgebracht haben“ (Fischer 1975a, S. 7).

Die Suche nach Theorie ist auch in diesem Jahrhundert weiterhin ein Thema. Es finden sich weiterhin skeptische Äußerungen über den Zustand der Politikdidaktik als Wissenschaft. „Was Politikdidaktik heute dringend benötigt, ... ist eine theoretisch-konzeptionelle Wende. Was sie jedoch genauso dringend braucht, ist eine empirische Grundlage. ... Dazu benötigt Politikdidaktik Theorie. ... Es kann der Politikdidaktik gelingen, tatsächlich zu einem Wissenschaftsprojekt zu werden“ (Massing 2002, S. 42). Stärker als Fischer fordert Massing die Ausarbeitung theoretischer Entwürfe.

In den beiden exemplarisch herausgegriffenen Äußerungen von Politikdidaktikern aus unterschiedlichen Jahrzehnten wird deutlich, dass der Theoriebegriff in der Politikdidaktik weiterhin Klärungsbedarf hat. Es gibt unterschiedlichste Auffassungen darüber, was politikdidaktische Theorie ist und wie sie beschaffen sein könnte, ob sie nur normativ sein kann, was ihre Aufgaben sein können, ob sie Gesetzmäßigkeiten formuliert, ob sie empirisch arbeitet etc. Weil dies in unterschiedlichen Entwicklungslinien von Einzelnen beschrieben ist, haben sich keine Schulen im weitesten Sinne herausgebildet. Viele sprechen deshalb von Konzeptionen, nicht von Theorien.

Es ist der Politikdidaktik aufgegeben, ihre Theoriebegriffe zu schärfen. Leitfäden für die Unterrichtspraxis sind noch keine wissenschaftlichen Aussagen. Es ist

nicht die Aufgabe wissenschaftlicher Politikdidaktik, die Praxis anzuleiten. Derartige normative Versuche sind allesamt gescheitert. Sutor hat sich einmal darüber verwundert geäußert: „Mir fehlt bisher jede Rückmeldung aus der Praxis über die Brauchbarkeit des Teiles D meiner ‚Neuen Grundlegung politischer Bildung‘, 1984‘ – der einzige in einem didaktischen Konzept vorliegende Gesamtaufriß politischer Bildung in ihrer Ziel-, Inhalts- und Methodenstruktur“ (1990, S. 313). Profession und Wissenschaft folgen anderen Logiken. Sie sind zwar aufeinander verwiesen, gehen aber getrennte Wege. Es ist Aufgabe der Politikdidaktik, das Handeln der Professionellen und das politische Lernen der Schüler/-innen mit wissenschaftlichen Methoden theoriegeleitet zu untersuchen.

Aktuell wachsen die Erwartungen von außen an die Politikdidaktik. Die out-putorientierte Kompetenzorientierung ist auf Theorien angewiesen. Sie fordert des Weiteren die Beschäftigung mit dem Fachlichen. Doch was ist das Fachliche, wenn ständig neue Erwartungen aus anderen Fachdisziplinen als Kompetenzen aufgenommen werden (Weißen 2014, S. 14). Fokussierung und Klärung der Domänenstruktur sind von der Kompetenzorientierung gefordert. Hierfür sind fachdidaktische Theorien eine Voraussetzung. Darüber hinaus hat sich die Wissenschaftstheorie nach Kuhn (1976<sup>2</sup>) und Popper (1935) weiter entwickelt. Die Leistung der Politikdidaktik wird in den Universitäten inzwischen auch an den Leistungen in der empirischen Erforschung des fachspezifischen Lehrens und Lernens gemessen. Die Politikdidaktik ist aufgefordert, sich diesen Herausforderungen zu stellen.

Ziel dieses Beitrags ist es, eine Synopse wissenschaftstheoretischer Positionen zu formulieren. Der Beitrag zeichnet im zweiten Abschnitt die Entwicklungslinien der rationalistischen und der radikal-konstruktivistischen Politikdidaktik nach. Hierzu werden zunächst die Definitionen von Politikdidaktikern/-innen als Ausgangspunkt genommen. Vollständigkeit wird dabei nicht angestrebt. Im dritten Abschnitt werden die dem vorliegenden Beitrag zugrunde liegenden wissenschaftstheoretischen Annahmen erläutert. Die Wissenschaftstheorie sucht nach der Struktur der Wissenschaften und will zur Klärung in den Einzelwissenschaften beitragen. Ziel ist es, Kriterien für einen eigenen Definitionsvorschlag zu diskutieren. Aus der Perspektive semantischer wissenschaftstheoretischer Positionen soll im vierten Abschnitt exemplarisch ein eigener Beitrag zur Theoriebildung vorgestellt werden.

## 2 Definitionen der Politikdidaktik

Um sich der Frage zu nähern, wie Politikdidaktiker/-innen ihre Wissenschaft sehen, ist es in einem ersten Zugang hilfreich, ihre Definitionen zu betrachten. Von Interesse sind dabei die Differenzen und Gemeinsamkeiten, die Genauigkeit, Einfachheit, Fruchtbarkeit o. Ä. Zu fragen ist, ob die Wissenschaftler/-innen einen Ist-Zustand oder ein „Sollte-Sein“ beschreiben. Weiter ist von Bedeutung, ob sie die Politikdidaktik von anderen Wissenschaften unterscheiden. Im Folgenden wird der Prozess der Professionalisierung in den vergangenen vier Jahrzehnten in ausgewählten Linien aufgezeigt.

In der sogenannten prädidaktischen Phase in den fünfziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts gab es zwei konfligierende Überzeugungen. Zum einen propagierte Oetinger (1951, S. 158) das Programm einer Erziehung zu partnerschaftlicher Haltung. „Erziehung zur Partnerschaft geschieht vor allem, indem man eigene soziale Erfahrungen macht und sich in der Bewältigung einfacher sozialer Situationen übt. Das ist die Grundlage für die Belehrung“ (Oetinger 1951, S. 159), womit Oetinger den Unterricht meint. Dahinter stand die Überzeugung, dass die Sozialbeziehung in der Familie und in der Schule dem Staat nützlich sei. Oetinger konzentriert sich auf den Erwerb sozialen Wissens. Alltägliche Politik wollte er aus dem Unterricht heraushalten. Er setzte soziales und politisches Verhalten gleich, weil die Schüler/-innen Kompromissfähigkeit lernen. Zum anderen gab es den Versuch, die politische Erziehung mit der aufkommenden Politikwissenschaft zu begründen. Die Schüler/-innen sollten das Wesen des Staates, das Wesen des Politischen überhaupt erkennen (Litt 1953, S. 60). Im Vordergrund stand hier die Wissensvermittlung über das politische System.

Beide Protagonisten formulierten Sollensvorschriften für die Erziehung, entwickelten keine Methodologie oder Epistemologie. Politische Bildung lässt sich noch nicht von der Erziehungswissenschaft unterscheiden. Gleichwohl ging es darum, „die Wissenschaft aus der Hörigkeit der Ideologie zu befreien“ (Litt 1953, S. 94). Politische Erziehung sollte keiner Staatsideologie, sondern der Wissenschaft, die „nur in der Luft der Freiheit atmen kann“ (Litt 1953, S. 60), folgen. Beiden Protagonisten ging es um die Bildung des Geistes und die Erziehung. Hierfür sind Kenntnisse (Wissen) erforderlich. Sie bemühen sich um Genauigkeit in den Argumenten, trennen zwischen Wissenschaft und Ideologie bzw. Pseudowissenschaft. Sie gehen eher rationalistisch vor, nehmen keine empirische Prüfung vor. „Für Rationalisten ist Form und Inhalt des Wissens primär im Verstand und in der Vernunft begründet, d. h. wir können die Wirklichkeit durch Denken erkennen. Für Empiristen ist die Sinneserfahrung die alleinige oder zumindest die



wichtigste Quelle der Erkenntnis. Der Verstand kann diese ordnen und verallgemeinern“ (Westermann 2000, S. 31).

Hilligen als ein Gründungsvater der 60er/70er Jahre ist mehr dem Rationalismus als dem Empirismus verhaftet. Er sieht in der Politikdidaktik zunächst eine Metawissenschaft, die mit hermeneutisch-kritischen Methoden nach der Relevanz, Auswahl und den Begründungszusammenhängen für die Aussagen sucht (1975, S. 50). Des Weiteren sei sie aber auch empirisch, wenn er sie definiert als „Wissenschaft von der Optimierung von Lernprozessen und integriert hierzu mit hermeneutisch-kritischen wie mit empirischen Methoden Ergebnisse der Pädagogik, der Lern- und Sozialpsychologie, der Kommunikations- und Medientheorien, der Sozialisationsforschung usw.“ (Westermann 2000, S. 50). Er verbindet den Rationalismus mit der Empirie. Er möchte seine Aussagen mit empirischen Ergebnissen verifizieren. Die Frage aber ist, wie Hilligen zu Aussagen des Typs „Freiheit wird als eine Existenzqualität des Menschen verstanden“ (Westermann 2000, S. 171) kommen kann. Er verknüpft hier Freiheit mit Existenzqualität. Es bleibt aber unklar, worauf sich die Aussage bezieht. Dies hat und konnte er mit seinem Vorgehen nicht zeigen. Zu den Regeln formaler Logik hat er sich nicht geäußert, sondern sich auf die drei didaktischen Fragen des Was, Warum und Wie berufen. Die Fragen möchte er kritisch und hermeneutisch begründen. Die Abgrenzung zu anderen Wissenschaften wird bei ihm noch nicht deutlich.

Als weiterer Gründungsvater soll hier Sutor ausgewählt werden. „Politische Bildung muss ideologiekritisch und normativ zugleich sein in der Erhellung konkreter Politik mit Hilfe anthropologisch und politikwissenschaftlich fundierter Kategorien“ (1971, S. 135). Deutlich wird sein normativer Wissenschaftsbegriff. Empirisch hat er nie gearbeitet, wohl aber hermeneutisch-kritisch im Sinne des Rationalismus. Dies widerspricht nicht seinem Rekurs auf die realistische Theorie der Politik im aristotelischen Sinne. Er fordert, „Erziehungsziel, Stoffauswahl und Unterrichtsverfahren aus einem Begriff des Politischen zu bestimmen, der eine am Gemeinwohl orientierte Theorie von Staat und Politik und eine Strukturlehre des Politischen umfasst“ (Sutor 1971, S. 27). Unklar bleibt, warum Unterrichtsverfahren mit einem Begriff des Politischen verknüpft werden. Das formulierte Postulat soll durch Beobachtung in Unterrichtsstunden verifizierbar sein. Darüber hinaus grenzt er die Politikdidaktik nicht von anderen Wissenschaften ab, sondern bestimmt sie aus der Politikwissenschaft.

Pointiert hat Fischer den Unterschied von Politikdidaktik und anderen Wissenschaften formuliert: „Theorien der Politischen Bildung sind weder aus einer sozialwissenschaftlichen Disziplin ... ableitbar noch sind sie Appendix irgendeiner von ihnen“ (Fischer 1975b, S. 243). Ein derartiges Programm bedarf einer inhaltlichen Füllung, auch wenn die Politikdidaktik nicht mehr als Hypothesen

mit mehr oder weniger Wahrscheinlichkeit formuliert (Fischer 1975b, S. 253) und dabei Wertvorstellungen als Sollens-Urteile die entscheidende Rolle spielen (Fischer 1975b, S. 252). Rationalistisch in einem wissenschaftstheoretischen Sinne ist seine Argumentation, wenn er zum einen fordert, dass jede Aussage „dem Kalkül der Logik ausgesetzt sein muss, dem sich die semantische Überprüfung zugesellen muss“. Hier folgt Fischer bereits der neopositivistischen Position, in der Logik und Sprache eine größere Rolle spielen. Zum anderen müsse dies durch „solide, dem Anspruch der Repräsentativität einigermaßen genügende empirische Unterrichtsforschung“ (Fischer 1975b, S. 243) bewiesen werden.

Wie Popper fordert Fischer die Verwendung von Instrumenten der formalen Logik. Er folgt dem Prinzip der Falsifizierbarkeit von Aussagen, die immer durch die Empirie widerlegt werden können. Allerdings erfüllt Fischer in seiner Definition von Politikdidaktik nicht seine aufgestellten Anforderungen. Ohne die Empirie zu berücksichtigen, beschreibt er die Aufgabe wie folgt: „Erkenntnis von hinter Problemen, Konflikten, Fällen stehenden Grundstrukturen von Herrschaft und Beherrschung, von Macht und Ohnmacht zwecks Reflexion unter Fragen wie: ‚Muss das sein?‘, ‚Was könnte anders ... sein bzw. werden?‘, ‚Wie kann die Veränderung erreicht werden?‘“ (Fischer 1975b, S. 254). Theorie kann nach Fischer nicht ohne Normativität auskommen. Jeder Politikdidaktiker müsse seine normativen Aussagen als Seins-Aussagen einbringen. Derartige Aussagen sind tautologisch, die ohne Prüfung als wahr anzusehen sind. Zudem sind sie nur für den jeweiligen Autor allgemein gültig. Fischer glaubt an normative Seins-Aussagen und ihr Eintreten mit subjektiv-epistemischer Wahrscheinlichkeit.

Bleibt als Zwischenfazit festzuhalten: Die hier ausgewählten Gründungsväter haben Definitionen der Politikdidaktik, aber dabei keine eigenständige politikdidaktische Theorie hervorgebracht. Die Abgrenzung zu anderen Wissenschaften ist kaum konturiert.

Zwischen Rationalismus und soziologischer Wissenschaftstheorie changiert die Position Sanders. Für ihn sind einerseits Theorien „Aussagensysteme, die sich mit einem gewissen Anspruch auf Verallgemeinerbarkeit mit Problemen politischer Bildung auseinandersetzen“ (Sander 2001, S. 21). Die „Wahrheit“ ist für ihn eine regulative Idee für die Wissenschaft (Sander 2001, S. 31). Andererseits folgt er Kuhn und sieht die Politikdidaktik durch einen „set of believes“ als Paradigma an, das mehrheitlich von den Autor/-innen getragen werde. Er sieht als gemeinsame Selbstverständlichkeiten an a) das politische Lernen als Gegenstandsbereich der Politikdidaktik als Wissenschaft, b) die Rationalität in der Auseinandersetzung mit Politik, c) die Förderung der Mündigkeit, d) den Bezug auf die Demokratie, e) die Politikdidaktik als interdisziplinäre Sozialwissenschaft im Überschneidungsfeld zur Erziehungswissenschaft (vgl. Sander 2001, S. 28). Er formuliert den „set of

believes“ gleich in eine Definition der Politikdidaktik bzw. des Paradigmas um: „Politikdidaktik als interdisziplinäre Sozialwissenschaft untersucht politisches Lernen empirisch und konzeptionell mit dem Erkenntnisinteresse, die Bedingungen für die Möglichkeit von Lernprozessen aufzuklären, die die politische Mündigkeit der Lernenden fördern“ (Sander 2001, S. 29).

Bei Sander entsteht ein Widerspruch zwischen dem Anspruch der Verallgemeinerbarkeit und den Bedingungen für die Möglichkeit von Lernprozessen. Er kommt nicht zu verallgemeinerbaren Aussagen über die politischen Lernprozesse, sondern bleibt radikal-konstruktivistisch, da „es strittig ist, ob und in welchem Sinn wissenschaftliches Wissen ‚wahr‘ sein kann“ (Sander 2001, S. 88). Wahrheit, Rationalität haben für ihn nur in Abhängigkeit von bestimmten Gemeinschaften, Kulturen oder Gruppen Gültigkeit. Der kollektive Glaube wird so zum einzigen Wahrheitskriterium. Der die Erkenntnisbereiche durchdringende Relativismus zeigt nur Möglichkeiten, keine Realitäten politischer Lernprozesse auf.

Hier schließt sich dann wieder der Kreis zum soziologischen Wissenschaftsverständnis. Die Antwort auf „die Frage nach der Instanz, welche über die Anwendung der Wahrheits-, Begründungs- und Rationalitätskriterien wacht, wenn dies weder die objektive Wirklichkeit noch eine intersubjektive und universelle Erfahrung ist“ (Moulines 2008, S. 124), ist die Mehrheit der Gemeinschaft der Wissenschaftler/-innen. Die Politikdidaktik gibt es aus der genannten mehrheitssoziologischen Sicht nur, weil sich einige zu ihr als Wissenschaft bekennen. Es geht dann nur um kollektive Deutungshoheiten, die aber nie zu erreichen sind. Individuelle oder kollektive Abweichungen sind immer vorhanden (Kuhn 1976, S. 221). Wissenschaftliche Wahrheit lässt sich indes mehrheitlich nicht herstellen. Die Theorie löst sich nach dieser Vorstellung vollständig in einer Soziologie der Politikdidaktik, ihren Benutzern, ihren Vorurteilen, ihren gegenseitigen Beziehungen, ihren Auseinandersetzungen auf. Wenn die Wahrheit und die Begründung der Politikdidaktik relativ sind, so ist auch diese Theorie der Politikdidaktik gänzlich relativ. Dann sind aber auch andere Theorien mit universellem Anspruch genauso gültig wie die eigene relativistische. Diese Argumentation führt in eine aporetische Sackgasse (Moulines 2008, S. 127).

Peter Massing sieht die Inhalte Politischer Bildung als Teil der Öffentlichkeit, die durch die Meinungs- und Willensbildung den Rahmen für die normative Sinngebung liefert. Mündigkeit und Demokratie sind weitere Bausteine für eine normative Konzeption (Massing 1999, S. 27 ff.). Aus der Pädagogik übernimmt er das normative Konzept der Mündigkeit, aus der Politikwissenschaft die normativen Demokratietheorien. „Das demokratische Staatsbürgerideal normativer Demokratietheorien ist auch ein erzieherisch anspruchsvolles Ideal“ (Massing

1999, S. 37). Die Inhalte des Unterrichts verortet Massing in der Politikwissenschaft. Er sieht aber auch das Problem zu hoher normativer Erwartungen. Deshalb favorisiert er ein Demokratiemodell, das zugleich normativ und empirisch ist (Massing 1999, S. 45). Die Bürger/-innen müssen die Demokratie verstehen.

Während sich Massing in dieser Publikation mehr mit den Inhalten seines Bürgerleitbildes und seiner politikwissenschaftlichen Begründung auseinandersetzt, präzisiert er in einer später erschienenen Schrift seine genuin politikdidaktischen Vorstellungen. Er sieht zwar, dass die Politikdidaktik „fast alle Themen mit anderen Disziplinen“ (Massing 2002, S. 36) teilt. Aber Fragen, die sie mit keiner anderen Wissenschaft teilt, sind die der Lehr- und Lernbedingungen. Auf diesem Gebiet könnte sich die Politikdidaktik „als eigenständige forschungsorientierte Grundlagenwissenschaft etablieren“ (Massing 2002, S. 38). Soweit sein Programm eigenständiger Fragestellungen und das der engen Beziehungen zu verschiedenen Bezugswissenschaften. Er formuliert klar den Gegenstand einer eigenständigen Politikdidaktik. Allerdings sieht er auch, dass dies bislang eine Baustelle der Politikdidaktik ist. Er gesteht ein, dass es bislang noch nicht gelungen ist, „eigenständige politikdidaktische Fragestellungen und Hypothesen zu entwickeln und mit eigenen Methoden zu überprüfen“ (Massing 2002, S. 42). Dazu benötige die Politikdidaktik Theorie, die noch nicht ausformuliert ist.

Massing definiert den Gegenstand einer eigenständigen Politikdidaktik, formuliert wissenschaftstheoretisch erforderliche Anforderungen, aber noch keine ausformulierte Theorie. Zudem geht er von einer normativ geprägten Vorstellung von Politikunterricht aus. Seine epistemologischen Annahmen sind rein normativ. Damit ist eine erkenntnistheoretische Untersuchung fraglich, weil die epistemologischen Annahmen nicht konkretisiert werden können. Deutlich wird insbesondere sein Bestreben, eine holistische Konzeption des Ganzen zu entwerfen. Er versucht gleichwohl, normative Theorie(n) mit Empirie zu verbinden.

Von der klaren Definition Massings entfernen sich neuere Definitionsversuche wieder. Sie sind eher rückschrittlich und greifen die Vorstellung der Gründungsväter in gewandelter Form wieder auf. An die politikwissenschaftlichen Vorstellungen der 60er Jahre knüpft Juchler an, wenn er formuliert: „Die wissenschaftliche Disziplin der Politikdidaktik (ist) eine auf das praktische politische Handeln des Menschen bezogene Lehre. ... (Ihr ist) die theoretische Klärung und Erarbeitung von Aussagen über Gegenstände, Ziele und Legitimierung politischer Bildung aufgegeben, weshalb die Disziplin gleichfalls Überlegungen zu ihrer normativen Orientierung anstellen muss“ (Juchler 2006, S. 27). Fraglich ist, ob im Unterricht das praktische politische Handeln gelernt wird. Normative Aussagen

über Gegenstände und Ziele sind individuell relevant, haben keinen allgemeinen Wahrheitsanspruch.

Auch Detjen sieht das Erfordernis einer normativen Grundlegung, die sich a) aus den Rahmenbedingungen und Inhalten des Unterrichts und b) aus dem Ziel, durch Lehren Lernen auszulösen, ergibt (Detjen 2002, S. 113 ff.). Er sieht die Politikdidaktik nicht als eigenständige Wissenschaft, sondern „aus einem Set von Theorien“ zusammengesetzt (Detjen 2002, S. 113 ff.).

Als normative und handlungsanleitende Wissenschaft definiert Pohl die Politikdidaktik. „Politikdidaktik ist nicht nur eine normative Wissenschaft in dem Sinne, dass ihre Forschungen stets von normativen Bildungs- und Demokratievorstellungen durchdrungen sind, sondern sie ist auch eine praktische Wissenschaft, denn sie intendiert, durch ihre Ergebnisse die praktische politische Bildung zu verbessern“ (Pohl 2011, S. 134). Ähnlich wie Sutor sieht sie die Politikdidaktik als handlungsleitend für die Praxis ohne Wahrheitsanspruch an. Dies ist keine Definition einer eigenständigen Wissenschaft.

Als Fazit lässt sich festhalten, dass das, was unter Theorie in der Politikdidaktik verstanden wird, sehr vielfältig ist. Alle Vorschläge verstehen sich als normativ. Doch „empirisch ist das, was sein soll, nicht vorhanden und aus dem, was ist, ergibt sich nicht logisch zwingend, dass etwas Bestimmtes sein soll“ (Kunz 2004, S. 20). Selten wird eine eigenständige Theorie der Politikdidaktik formuliert. Es ist durchaus legitim, dass die vorfindbaren Definitionen auf individuelle Tautologien zurückgehen.

Trotz der Definitionsversuche ist es nicht gelungen, den politikdidaktischen Forschungsprozess so auszuformulieren, dass eine Verbindung von Beobachtungsdaten mit den Phänomenen des Politikunterrichts möglich wird. Es gibt z. B. noch keine Repräsentationsannahmen zu einem Messmodell. Ein Messmodell beschreibt, was wird wie beobachtet und wie werden die Beobachtungen zu Daten des Modells. Dies alles lässt sich nicht mit den durchweg vorherrschenden normativen Theorieannahmen leisten. Sie sind nicht konkretisierbar und in einen Forschungsprozess übersetzbar. Auch die aktuelle Diskussion kreist meist noch um die normativen Prämissen gewünschter Unterrichtstätigkeiten und Ziele. Bisher gibt es in der Politikdidaktik noch keine Gesetze bzw. eine Suche nach ihnen, die auf Regeln beruhen und replizierbar angewendet werden können. Dieser Frage soll in den beiden folgenden Abschnitten nachgegangen werden. Hierfür wird abschließend auch ein eigener Vorschlag unterbreitet, der Theorie und Empirie verbindet.